

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf,

Lugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnstraße 3 (nahe dem St. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspaltel oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 29.

Sonntag, den 3. Februar 1901.

28. Jahrgang.

3. öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Dienstag, den 5. Februar 1901, Abends 8 Uhr.

Hohenstein-Ernstthal, am 2. Februar 1901.

E. Redtlob,

Stadtverordnetenvorsteher.

Tagesordnung:

1. Kenntnisaufnahme.
2. Beistätigung verschiedener Kassenbeamter.
3. Darlehensaufnahme.

4. Beistätigung über Annahme einer Stiftung.
5. Genehmigung des mit dem Turmverein Reuladt abgeschlossenen Vertrags wegen Ueberlassung des Turmplatzes zu Feuerwehrröhrenzwecken.
6. Erhebung einer Entschädigung für Straßenabnutzung von der Firma C. T. Steinert in Chemnitz.
7. Richtigprechung
 - a. der Gasanstaltskassenrechnung von Hohenstein auf die Jahre 1895 bis mit 1897 und
 - b. der Feuerlöschkassenrechnungen von Hohenstein auf das Jahr 1897 und von Hohenstein-Ernstthal auf die Jahre 1898 und 1899.

Hierauf: **Geheime Sitzung.**

Tagesgespräche.

Berlin, 1. Februar. Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsamtes des Innern wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Gesundheitsamt“. — Abg. Müller-Sagan (freis. Vp.) wünscht offizielle Beteiligungs- und Gesundheitsämter an dem Hand-in-Hand-Arbeiten der Mediziner und Zoologen aller Länder in Bezug auf die Malaria-Erforschung, sowie Erhebung der zu immer größerer Blüthe gelangenden biologischen Abtheilung des Gesundheitsamtes zu einer selbstständigen Anstalt. — Abg. Andrick (Soz.) fragt, was zur Abhilfe der von ihm früher erwähnten Mängel in Krankenanstalten geschehen sei. Die Arbeitszeit des Lazarethpersonals sei viel zu lang, bei ganz unzulänglichen Gehältern. Für Wärter betrage in staatlichen und städtischen Anstalten das Anfangsgehalt nur 19 resp. 20 Mk. Seit vorigem Jahre sei freilich in den städtischen Anstalten Berlins eine kleine Aufbesserung erfolgt, um wieviel, habe er nicht erfahren können, denn die Leute seien zu sehr eingeschüchtern. In Hamburg sei die Arbeitszeit 14 bis 15 Stunden, in Dresden 15 bis 16 Stunden zc. Das erkläre auch zur Genüge den Mangel an Wärtern und die daraus folgende unzulängliche Pflege; die Kranken müssen Alles dies büßen. In einer Anstalt habe ein Geisteskranker Selbstmord verübt, da er unbewacht geblieben war. Der Wärter und die Gehilfen wurden unter Anklage gestellt aber freigesprochen. Thatsächlich hätte auch niemand Anderes als der Anstaltsbesitzer selbst auf die Anklagebank gehört. — Geh. Medizinalrath Pistor bezeichnet diese Schilderung der Zustände in den Krankenhäusern als übertrieben. Gleich nach der früheren Rede Andrick's sei das Moabiter Krankenhaus revidirt worden, dabei habe sich nichts von den Behauptungen Andrick's bestätigt. Auf eine zweite unvermuthete Untersuchung in sämmtlichen öffentlichen und privaten Krankenhäusern hat sich nichts von dem ergeben, was von dem Vorredner damals gerügt worden sei. Man müsse übrigens bedenken, daß das Personal doch nicht die ganze Zeit zu arbeiten, sondern auch Ruhepausen habe. Bei seinen Angaben über die Lohnverhältnisse vergesse Andrick, daß die Betreffenden doch noch völlig freie Station hätten. — Abg. Dr. Endemann (natl.) hebt die allmählich immer mehr gesteigerte Bedeutung des Veterinärwesens hervor, umso mehr müssen aber auch die Ansprüche an die Vorbildung der Veterinärärzte gesteigert werden. Dieselben müßten daher ein längeres Studium als bisher, und zwar nach zuvor bestandener Maturitätsprüfung, auf den Hochschulen absolviren. Weiter fordert Redner für das ganze Reichsgebiet die facultative Feuerbestattung. In Preußen sei diese nicht gestattet, während sie in Baden, Hessen, verschiedenen mitteldeutschen Staaten, Hamburg zc. erlaubt sei; das sei doch ein wunderbarer Zustand. — Abg. Dr. Langerhans (freis. Vp.) tritt für obligatorische Leichenschau und facultative Feuerbestattung ein. Kirchlicher Widerstand

dürfe da nicht maßgebend sein, jede Kirche könne ja für ihre Mitglieder vorschreiben, daß sie sich nicht verbrennen lassen sollen. Aber das dürfe doch kein Hinderniß sein, dem, der sich durch Feuer bestatten lassen wolle, dies überhaupt zu ermöglichen. Die Krankenhäuser entsprächen immer mehr den notwendigen Anforderungen, nur in den alten sei dies nicht immer der Fall. — Abg. Singer (Soz.): Sicher sei, daß die Leute, die in den Krankenhäusern aufgenommen würden, in Bezug auf Wartung und Bepflegung noch nicht so aufgehoben seien, wie man es wünschen müsse, und das liege an dem Mangel an guten Kräften. — Abg. Südekum (Soz.) führt Beschwerde über den im Sommer in der Jenerser Klinik des Professors Stinzing vorgekommenen Fall konsequenter Wasserentziehung bei Diabetes. Weiter verbreitet er sich über die Milchbrandgefahr in den Pilsenerfabriken Münchens und die fortdauernd ungenügende Innehaltung der Vorschriften, welche zur Verhütung von Ansteckung erlassen sind. — Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Einzelstaaten seien in Bezug auf die Ausführung von Maßnahmen zur Unterdrückung ansteckender Krankheiten nahezu unabhängig. Für den Gesundheitsrath sei in diesem Etat noch nichts ausgeworfen, es soll dies im nächsten Jahre geschehen. Die Frage der Feuerbestattung sei nicht Reichsangelegenheit, dieselbe müsse den Einzelstaaten überlassen bleiben. Ueber die Frage der Maturitätsprüfung behufs Studiums der Veterinärkunde hätten Verhandlungen zwischen seinem und den anderen Ressorts stattgefunden. Was die Pilsenerfabrikation betreffe, so habe den kleinen Fabriken das Kochen der Haare nachgelassen werden müssen. Die ganze Frage werde dauernd sorgsam erwoogen, und wenn es durchführbar sei, schärfere Vorschriften zu treffen, so werde dies geschehen. Die Frage der Leichenschau sei so oft erörtert, daß er Neues nicht darüber sagen könne. Die Einzelstaaten glaubten, einen solchen Schauzwang nicht durchführen zu können. — Weimarerischer Bevollmächtigter Paulßen bemerkt noch mit Bezug auf den Fall in der Klinik des Professors Stinzing-Jena, er selbst sei seiner Zeit enttäuscht gewesen über den Vorgang, sei aber anderer Ansicht geworden, denn die Sache liege doch wesentlich anders, als sie erst geschildert worden sei. Stinzing selbst habe den Patienten täglich besucht, und dieser sei sogar, nachdem er bereits einmal aus der Kur entlassen gewesen, wieder zurückgeführt. Der mit dem Mann gemachte Versuch sei notwendig gewesen, um die Form der Erkrankung genau festzustellen. — Abg. Prinz Schönaich-Carolath stellt fest, daß der Fall in Jena mindestens in weiten Kreisen einen sehr sonderbaren bedauerlichen Eindruck gemacht habe. Daß der Patient durch das Fenster geflüchtet sei und aus der Dachrinne Wasser getrunken habe, beweise doch, daß er in seinen Entschlüssen nicht frei war. Die Herren Professoren würden hoffentlich künftig mit ihrem Experimentiren an lebenden Körpern vorsichtiger sein. Unsere Krankenhäuser verdienen im Großen und Ganzen Anerkennung, wie unser Sanitätswesen überhaupt. Ueber mangelhaftes

Wärterpersonal, besonders in Irrenhäusern, kämen allerdings Klagen aus allen Kreisen. — Abg. Südekum (Soz.) fragt, ob es kein Akt der Verzweiflung sei, wenn ein Kranker in einer Nacht 1 400 Gramm seines eigenen Urins trinke. — Der Etat des Gesundheitsamtes wird angenommen. — Bei dem Etat des Patentamtes beklagt Abg. Dr. Paasche die Ueberlastung dieses Amtes und seiner Angestellten. Abhilfe sei im Interesse der Industrie unumgänglich nothwendig. — Auch dieser Etat wird genehmigt. — Das Kapitel „Reichsversicherungsamte“ wird auf Antrag des Abg. Spahn an die Budgetkommission verwiesen und der Rest des Ordinariums des Reichsamtes des Innern debattelos genehmigt.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden kaiserlichen Erlaß an den Reichskanzler: „Nach der herzerhebenden, Mich hochbeglückenden Festrede, mit welcher der so bedeutsame 200jährige Gedenktag der Erhebung zum Königtum im ganzen Lande gefeiert werden konnte, ist durch den Heimgang weiland Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland, Meiner vielgeliebten und hochverehrten Großmutter, tiefe Trauer über Mich und Mein Haus gekommen. Unter dem frischen Eindruck dieser Heimath habe Ich Meinen diesjährigen Geburtstag an der Bahre der edlen Fürstin in stiller Einsamkeit begangen. Umso wärmer und lauter sind aber an Mein landesväterliches Herz die zahlreichen Rundgebungen aus der Heimath gedrungen, welche Mir die innige Theilnahme Meines Volkes an Meinem Schmerz sowie seine treue Fürbitte für Mein ferneres Wohlergehen zum Ausdruck gebracht haben. Es hat Mir wohlgethan, erneut zu erfahren, in welcher freundlicher Weise Meiner am Meinem Geburtstage in deutschen Landen und seitens der im Auslande weilenden Deutschen gedacht wird, und drängt es Mich, allen Beteiligten Meinen wärmsten Dank zu erkennen zu geben. Gott der Herr aber wolle das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Gliedern auch ferner in seinen anädigen Schutz nehmen und die deutsche Treue, den deutschen Fleiß und die deutsche Arbeit allezeit mit Segen krönen. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Osborne, am 30. Januar 1901. Wilhelm I. G.“

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Tientsin: Nach einem Peking Telegramm ist Li-hung-shang gestorben. Der Gouverneur von Schantung übernimmt die Vertretung bei den Friedeöverhandlungen.

Auf dem Stiftungsfeste des Vereins zur Förderung des Gewerbesleißes hielt der Handwerkermeister Drefel eine Rede, in der er die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Thätigkeit der Syndicate einer Besprechung unterzog. Der Minister ist der Ansicht, daß trotz der ungünstigeren Conjunction des Augenblicks unser wirtschaftliches Leben auch zur Zeit ein durchaus gesundes und daß zu irgend welchen ernstlichen Besürchtungen für die Zukunft kein Anlaß sei. Er schöpfe diese Hoffnungen aus der Thatsache, daß die Producenten sich überall zusammenschließen und dadurch einen sicheren Ueberblick über die Markt- und Preisverhältnisse gewinnen. „Ge-